

23.02.2021

Auszeichnung

Woz-Journalisten erhalten Prix Transparence

Drei Jahre lang haben drei Journalisten dafür gekämpft, dass sie die Namen von Firmen erhalten, die Kriegsmaterial exportieren. Jetzt wurden sie für ihren Rüstungsreport vom Verein Öffentlichkeitsgesetz.ch geehrt.



Die Journalisten hätten sich die Daten zum Schweizer Rüstungsgeschäft hartnäckig erstreiten müssen, schreibt der Verein Öffentlichkeitsgesetz am Dienstag in einer Mitteilung. Ausgezeichnet werden Woz-Co-Redaktionsleiter Kaspar Surber und die Redaktoren Jan Jirat und Lorenz Nägeli für ihren Rüstungsreport (<https://www.xn--ruestungsreport-wob.ch/>), der im Sommer 2020 publiziert wurde.

Gemäss ihren Ausführungen hat sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) geweigert, die Firmen um gesuchte Daten anzufragen. Ihr Standpunkt sei gewesen, «das machen wir nicht», sagte Jirat in einem zur Auszeichnung veröffentlichten Video. Das Seco habe damit die Geschäftsinteressen dieser Firmen höher gewichtet habe als das öffentliche Interesse, ergänzte Surber.

Die Journalisten seien schliesslich bis vor Bundesgericht gegangen – und hätten recht bekommen, führt der Verein weiter in der Mitteilung aus: In einem «unmissverständlichen Urteil» habe dieses klar gemacht, dass die Namen der Rüstungsexport-Firmen veröffentlicht werden müssten.

«Am Schluss haben wir vom Seco eine Liste bekommen mit allen Firmen, die ein Export-Gesuch für Kriegsmaterial und besondere militärische Güter gestellt hatten», sagte Jirat. Die Öffentlichkeit wisse nun, welche Schweizer Firmen Waffen exportierten, ergänzte Surber. Es geht dabei um rund 150 im Rüstungsgeschäft tätigen Firmen, die im Jahr 2017 eine Exportbewilligung erhalten haben.

Auf dem zweiten Platz zeichnete die Jury den Beitrag «Die Klimaschande von Visp» des Tamedia-Journalisten Christoph Lenz aus und auf dem dritten Platz jenen von Mathias Gottet und Cedric Fröhlich von der Berner Zeitung über «Das dreckige Wasserschloss».

Insgesamt hätten Medienschaffende im vergangenen «Corona-Krisen-Jahr» mit den Öffentlichkeitsgesetzen so viele Beiträge realisiert wie nie zuvor, schreibt der Verein, der die Anwendung dieser Gesetze im Journalismus fördert. Mit Protokollen hätten sie etwa belegt, wie die Behörden das Pandemie-Risiko anfangs unterschätzten. (sda/lom)



